

- 1 **Krankenhausdichte:** Die Schließung von Krankenhäusern wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit führt in ländlichen Räumen zu längeren Anfahrtszeiten. In der Folge werden nicht nur Krankenbesuche erschwert, sondern wird auch die Versorgung bei Unfällen gefährdet. Welche Mindeststandards sollten für die Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses mit Notaufnahme gelten und welche Maßnahmen wären geeignet, dieses Ziel zu erreichen?
- 2 **ÖPNV:** Einkaufsmöglichkeiten und Kindergärten können nicht in jedem Dorf vorhanden sein und auch der Arbeitsplatz ist meist weiter entfernt, deshalb sind Mobilitätsangebote besonders wichtig. Sollte es Mindeststandards beim ÖPNV geben und wie könnten diese aussehen?
- 3 **Breitbandversorgung:** Seit Jahren wird über eine flächendeckende Breitbandversorgung gesprochen, doch sie ist immer noch nicht erreicht. Mitte 2019 verfügten zwar ca. 90 % der Haushalte in Deutschland über Breitbandanschlüsse von mindestens 50 Mbit/s, es ist aber immer noch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu verzeichnen. Welche Versorgungsstandards sollten überall erreicht werden (auch mit Blick auf die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung für alle Bereiche der Gesellschaft) und wie kann das sichergestellt werden?
- 4 Gibt es **weitere Bereiche**, für die Ihrer Ansicht nach Mindeststandards denkbar wären, um räumliche Disparitäten auszugleichen?

Mindeststandards zur Sicherstellung gleich

Einigkeit besteht meist darüber, dass gleichwertig nicht gleich bedeutet. Unter gelten sollten. Hierzu haben wir Bundestagsabgeordnete um ihre Meinung geb

Bauer zu 1 Ein Rettungswagen sollte nach spätestens 15 Minuten beim Patient*innen sein, eine Ambulanz in rund 30 Minuten erreichbar. So können die Patient*innen selbst einschätzen, wie dringlich ihre Versorgung ist und ob sie den Notarzt rufen oder selber fahren sollen.

Es gibt viele Kliniken, die keine Notfallversorgung mehr vorhalten, sondern beispielsweise reine Kurkliniken sind. Diese Zentren weisen bereits eine gute Infrastruktur auf und sollten daher reaktiviert werden, um die Mindestversorgung aufrechtzuerhalten.

Bauer zu 2 Für Kinder muss es einen kostenlosen Transport zur Schule geben, ÖPNV für alle ist leider in den seltensten Fällen bezahlbar. Für die ältere Generation sollte es aber erleichterte Einkaufsbedingungen geben, beispielsweise einen Bring-Service oder ein Seniorentaxi in Kooperation mit der Kommune, mit dem nächstgelegenen Bauernmarkt oder dem Lebensmitteleinzelhandel.

Bauer zu 3 Die Glasfasertechnologie kann die Übertragungsgeschwindigkeiten fast beliebig schnell ausbauen. Damit wir nicht digital hinterherhinken, ist es gerade für Unternehmen existenziell wichtig, schnelle und leistungsfähige Verbindungen zu haben.

Das Internet, wie es auch die Privatanwender nutzen, wird durch den technologischen Fortschritt und das Einsetzen verschiedenster moderner Medien immer komplexer – was auch hohe Bandbreiten verschlingt. Daher muss kontinuierlich am bestehenden Netz gearbeitet werden. Ich sehe den Staat in der Pflicht, für diese Art der Grundversorgung vorzusorgen. Dazu zählt auch der Ausbau eines Hochleistungs-Mobilfunknetzes. Die Zukunft liegt derzeit in 5G, aber damit das funktioniert, müssen die Funkmasten auch an ein bestens ausgebautes Breitbandnetz angeschlossen sein.

Bauer zu 4 Im Bereich der Pflege muss sich z. B. noch Einiges tun: Die größte Last tragen nach wie vor die Angehörigen, ohne sie würde unser System zusammenbrechen. Betreutes Wohnen, ambulante Pflege, Tages- sowie Kurzzeitpflege, Altersheime: Einrichtungen und Angebote sollte es auch auf dem Land in ausreichender Anzahl geben, damit die Menschen möglichst bei ihrem Zuhause wohnen bleiben können. ■



Nicole Bauer, FDP-Bundestagsfraktion

Foto: Tobias Koch

wertiger Lebensverhältnisse?

schiedliche Auffassungen gibt es jedoch bei der Frage, ob in einigen Bereichen Mindeststandards ten.

Bluhm-Förster: Zunächst ist zu sagen, dass mit einer Festlegung von flächendeckenden Mindeststandards bestehende Unterschiede nicht behoben, sondern vielmehr strukturell weiter gefestigt werden. Mit Mindeststandards kann keine Chancengleichheit hergestellt werden. Vielmehr muss in jeder einzelnen Region eine bedarfsgerechte Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger definiert und sichergestellt werden.

Bluhm-Förster zu 1 Durch die Festlegung sog. Hilfsfristen ist die Strukturierung von Rettungsdienststellen vorgezeichnet. Klar ist jedoch leider auch, dass diese z. T. stark von den Hilfsfristen in z. B. Städten oder zwischen einzelnen ländlichen Bereichen abweichen und im täglichen Leben oft auch wesentlich überschritten werden. Die medizinische Versorgung darf nicht durch die Profitinteressen von Krankenhauskonzernen oder der Pharmaindustrie gesteuert werden, sondern die einzelnen Patientinnen und Patienten müssen im Mittelpunkt der Versorgung stehen. Gesundheitliche Versorgung muss dezentral organisiert sein durch regionale Gesundheitszentren, Polikliniken oder Rotationspraxen in Peripherien, um Erreichbarkeit in medizinisch notwendiger Zeit zu gewährleisten. Dazu müssen die kommunale Finanzsituation verbessert und Privatisierungen rückgängig gemacht werden und wieder in die kommunale Hand.

Bluhm-Förster zu 2 Mobilität auf dem Land ist noch immer ein blinder Fleck in der politischen Auseinandersetzung. In unserem Klimaaktionsplan z. B. umreißt DIE LINKE verkehrspolitische Ziele, die nachhaltige Mobilität für alle gewährleisten. Auch auf dem Land muss es möglich sein, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer sozialen Lage und ihrem Wohnort am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dies sollte der Mindeststandard sein. Verschiedene Möglichkeiten, das zu erreichen, werden von uns vorgeschlagen: Dies kann durch Reaktivierung stillgelegter Gleise und einen Ausbau des Busverkehrssystems geschehen. Dies allein reicht aber nicht mehr aus. Es müssen Lösungen her, die leicht handhabbar, flexibel nutzbar und kostengünstig sind, beispielsweise durch Fahrradverleihsysteme und autonom fahrende Ortsbusse, aber auch durch innovative Nahversorgungsangebote, wie Multifunktionshäuser oder Service-to-People-Konzepte. Viele dieser Möglichkeiten werden schon erprobt. Fakt ist jedoch, dass jede Region eigene Mobilitätsbedarfe hat und ihnen muss es möglich sein, diese mit einer angemessenen Finanzausstattung zu realisieren. Denn klar ist, dass eine sozial-ökologische Verkehrswende nur stattfinden kann, wenn diese ausreichend finanziert wird. Auch dazu macht DIE LINKE konkrete Vorschläge.

Bluhm-Förster zu 3 Richtig. Deutschland hat vor allem in der Fläche massiven Nachholbedarf. Gerade die Corona-Krise zeigt, welche digitalen Möglichkeiten des Arbeitens und des Lernens bereits heute genutzt und in Zukunft gebraucht werden. Dringlich ist daher, den Ausbau mit digitalen Infrastrukturen in der Fläche mit Hochdruck voranzutreiben. Es braucht Gigabit-Leitungssysteme und eine schnellere Umsetzung aller Pläne und vor allem Breitbandausbau in kommunaler Eigenregie.

Bluhm-Förster zu 4 Das Dorf lebendig und aktiv zu erhalten, ist immer vom Gestaltungswillen und dem Engagement seiner Bewohnerinnen und Bewohner abhängig. Neue Ideen wachsen zu lassen, sei es in Form eines Dorfladens oder von Kultur- und Bildungseinrichtungen, ist vom Engagement der Dorfgemeinschaft als Ganzes abhängig, da dieses neu geschaffene Angebot angenommen und genutzt werden muss. Daher sind vor allem bürgerschaftliches Engagement sowie zivilgesellschaftliche Instrumente der demokratischen Teilhabe zu unterstützen. Niemand darf sich abgehängt fühlen. Vor Ort weiß man genau, was gebraucht und gewünscht wird. ■



- 1 **Krankenhausdichte:** Die Schließung von Krankenhäusern wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit führt in ländlichen Räumen zu längeren Anfahrtszeiten. In der Folge werden nicht nur Krankenbesuche erschwert, sondern wird auch die Versorgung bei Unfällen gefährdet. Welche Mindeststandards sollten für die Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses mit Notaufnahme gelten und welche Maßnahmen wären geeignet, dieses Ziel zu erreichen?
- 2 **ÖPNV:** Einkaufsmöglichkeiten und Kindergärten können nicht in jedem Dorf vorhanden sein und auch der Arbeitsplatz ist meist weiter entfernt, deshalb sind Mobilitätsangebote besonders wichtig. Sollte es Mindeststandards beim ÖPNV geben und wie könnten diese aussehen?
- 3 **Breitbandversorgung:** Seit Jahren wird über eine flächendeckende Breitbandversorgung gesprochen, doch sie ist immer noch nicht erreicht. Mitte 2019 verfügten zwar ca. 90 % der Haushalte in Deutschland über Breitbandanschlüsse von mindestens 50 Mbit/s, es ist aber immer noch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu verzeichnen. Welche Versorgungsstandards sollten überall erreicht werden (auch mit Blick auf die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung für alle Bereiche der Gesellschaft) und wie kann das sichergestellt werden?
- 4 Gibt es **weitere Bereiche**, für die Ihrer Ansicht nach Mindeststandards denkbar wären, um räumliche Disparitäten auszugleichen?

Tressel zu 1 Laut den letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes erreichen knapp 90 % der in städtischen Regionen lebenden Bevölkerung in Deutschland in 15 Minuten das nächste Krankenhaus, in ländlichen Regionen schaffen dies nur gut 64 %. Hier kann ein Mindeststandard Ausgangspunkt sein, wird der Komplexität des Problems aber nicht gerecht. Die Frage ist, ob das Krankenhaus dann bei komplizierten Fällen eine angemessene Versorgung vorhalten kann. Es muss neben der Erreichbarkeit auch die Qualität der angebotenen Leistungen einbezogen werden. Nicht alle Leistungen können überall zur Verfügung gestellt werden. Standorte müssen gut vernetzt und die Verteilung der Notfallpatient*innen gut organisiert werden. Wir müssen für eine gute Versorgung nicht nur in einzelnen Standorten, sondern in Regionen denken!

Tressel zu 2 Mobilität auf dem Land sicherzustellen, bedeutet mehr, als nur einen Bus im Stundentakt fahren zu lassen. Aus dem Linienverkehr muss ein zuverlässiger Flächenverkehr werden. Nötig ist ein funktionierendes Gesamtsystem, das verschiedene Mobilitätslösungen, von Regiobussen über Rufbusse und Ride-Pooling bis zu Fahrzeug-Sharing und Mitfahrer-Apps integriert. Auf den Hauptachsen muss es ein mindestens stündliches Angebot geben. Der Schlüssel zu mehr Mobilität auf dem Land liegt in der Digitalisierung und in barrierefreien und niedrigschwelligen Angeboten. Wichtig ist zudem Regionales Mobilitätsmanagement, das etwa mit Schulen und Arbeitgeber*innen Lösungen findet, um Verkehrsmittel besser aufeinander abzustimmen und die Auslastung zu erhöhen.



Tressel zu 3 Eine schnelle Internetanbindung wird seit Corona als Standortfaktor in ländlichen Räumen noch relevanter. Als Fraktion fordern wir ein Recht auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss (Internet-Universaldienst), dessen Übertragungsrate sich an der Mehrzahl der von den angeschlossenen Teilnehmer*innen genutzten Bandbreite bemisst und dynamisch angepasst wird. So können wir den immer wachsenden Anforderungen an ein schnelles Internet gerecht werden. Außerdem muss, wo Breitband drauf steht, auch Breitband drin sein. 2019 konnten nur 16,4 % der Verbraucher*innen die mit den Anbietern vertraglich vereinbarte Maximalgeschwindigkeit im Festnetz-Breitband nutzen. Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen hier gestärkt werden.

Tressel zu 4 Mindeststandards sind nur ein Baustein in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse. Daseinsvorsorge wird durch finanzielle und personelle Spielräume vor Ort gewährleistet. Wir fordern eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen und eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge, finanziert von Bund und Ländern, die strukturschwache Regionen besonders stützt und auch Menschen vor Ort eine Stimme gibt. Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass in bestimmten Bereichen Mindeststandards in Form einer „Räumlichen Grundsicherung“ hilfreich sein können, um das Versorgungsniveau anzugleichen. Zentral sind hier tatsächlich Gesundheit, Mobilität und Breitbandversorgung, aber z. B. auch Kinderbetreuung, Bildung und Ausbildung. ■

Saathoff: Es gibt bereits heute Mindeststandards, so z. B. eine vorgeschriebene Zahl von Ärzt*innen pro Einwohner*innen. Aber auch Mindeststandards führen in einigen Bereichen nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen.

Saathoff zu 1 Ich verstehe, dass für viele Menschen die Entfernung zum nächsten Krankenhaus eine wichtige Frage ist. Aber wenn man über Mindeststandards bei Notfällen redet, spielt die Qualität der Behandlung eine entscheidende Rolle. Nehmen wir das Beispiel eines Schlaganfalls: Eine Reihe von Kliniken sind weder personell noch technisch entsprechend ausgestattet. Die Patient*innen werden deshalb gar nicht in die nächste Klinik gebracht, sondern in die nächste Klinik mit Computertomograph. Viele Krankenhäuser in ländlichen Gebieten bieten nur noch eine „Rumpf-Versorgung“ an und haben u. a. auch die Geburtsstationen eingespart. In Notfällen geht es nicht darum, dass die Angehörigen schnell das Krankenhaus erreichen, sondern dass die Patient*innen schnellstmöglich versorgt werden. Das wird zunächst über einen Rettungswagen samt Notarzt*ärztin sichergestellt. Weil es für den Zeitraum bis zum Eintreffen von Notarzt*innen Vorschriften gibt, kommen diese selbst im dicht besiedelten Berlin manchmal mit dem Hubschrauber. Die Frage der Erreichbarkeit ist ein Abwägungsprozess. In unseren Nachbarländern Dänemark und Österreich gibt es viel weniger Kliniken pro Einwohner*in, aber die Qualität dieser Kliniken ist im Schnitt höher. Z. B. ist dort die Anzahl der Patient*innen pro Pflegekraft geringer. Wir bräuchten für eine höhere Krankenhausedichte viel mehr Pflegepersonal als heute, wissen aber, dass es sehr lange dauert, diese Zahl zu erhöhen und die Pflegekräfte müssen auch angemessen bezahlt werden. In meinen Augen geht es bei dieser Frage also eher um Qualität als um Quantität.

Saathoff zu 2 Im ländlichen Raum gewährleisten Bus und Bahn meist keine geeignete Mobilität. Lokal gibt es manchmal Initiativen wie Bürgerbusse, aber insgesamt ist das Mobilitätsangebot in den ländlichen Räumen unzureichend. Das ist in erster Linie eine Frage der Finanzierung. Planung, Organisation und Finanzierung des ÖPNV liegen in der Zuständigkeit der Länder. Die Förderung des ÖPNV durch den Bund erfolgt vor dem Hintergrund verkehrspolitischer Ziele und aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes. Der Bund unterstützt die Länder dabei zzt. mit rd. 9 Mrd. € pro Jahr auf Grundlage der Entflechtungsmittel, des Regionalisierungsgesetzes und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und in Niedersachsen gibt es ein Programm zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Das finde ich gut. Aber die Menschen zum Umstieg vom Auto auf die Bahn zu animieren, ist ein langwieriger Prozess. Im Grunde genommen braucht es eine neue Generation, die Mobilität völlig neu denkt. Ich erfahre das oft im Gespräch mit jungen Menschen, die mit 18 oft nicht als erstes den Führerschein haben wollen. Ich bin mir sicher, mit der E-Mobilität und selbstfahrenden Fahrzeugen wird es neue Entwicklungen geben.



Johann Saathoff, SPD-Bundestagsfraktion

Saathoff zu 3 Deutschland liegt im Ranking der Breitbandversorgung weit hinter anderen Ländern zurück und verfolgt das Ziel, dass bis 2025 flächendeckend 1 Gbit/s zur Verfügung stehen sollen. Wo die Privatwirtschaft nicht schnell genug ausbaut, hilft der Bund seit Jahren mit enormen Fördersummen. Der Ausbau dauert so lange, weil die kreisfreien Städte und Landkreise hierfür zuständig sind. Zunächst einmal dauern die Planungen sehr lange, dann muss europaweit ausgeschrieben werden und manchmal kommt es zu Rechtsstreitigkeiten. Solche Verfahren müssen beschleunigt werden können, dafür brauchen wir jetzt konkrete Ansätze.

Generell bin ich der Ansicht, dass wir gerade die wirtschaftlichen Möglichkeiten der ländlichen Räume wieder mehr fördern müssen. Wenn wir überall Breitband-Internet haben, kommen vielleicht auch Programmierer*innen in den ländlichen Raum und arbeiten von dort aus. Ich möchte Menschen dazu bewegen, wieder in die ländlichen Räume zu gehen. Oder schauen wir uns den Bereich Landwirtschaft an. Auch hier gibt es seit Jahren immer zentralistischer werdende Strukturen. Schlachthöfe wurden geschlossen, Molkereien ebenso. Ich möchte, dass die Menschen im Supermarkt oder im Hofladen wieder lokale Produkte kaufen können. Schnelles Internet mag man in Zeiten allgegenwärtiger Smartphones zwar nicht missen, aber wirkliche Lebensqualität gibt es doch nur durch frische Luft, wenig Verkehr und eine tolle Landschaft – das alles finden Sie in den ländlichen Räumen. ■

1 Krankenhausdichte: Die Schließung von Krankenhäusern wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit führt in ländlichen Räumen zu längeren Anfahrtszeiten. In der Folge werden nicht nur Krankenbesuche erschwert, sondern wird auch die Versorgung bei Unfällen gefährdet. Welche Mindeststandards sollten für die Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses mit Notaufnahme gelten und welche Maßnahmen wären geeignet, dieses Ziel zu erreichen?

2 ÖPNV: Einkaufsmöglichkeiten und Kindergärten können nicht in jedem Dorf vorhanden sein und auch der Arbeitsplatz ist meist weiter entfernt, deshalb sind Mobilitätsangebote besonders wichtig. Sollte es Mindeststandards beim ÖPNV geben und wie könnten diese aussehen?

3 Breitbandversorgung: Seit Jahren wird über eine flächendeckende Breitbandversorgung gesprochen, doch sie ist immer noch nicht erreicht. Mitte 2019 verfügten zwar ca. 90 % der Haushalte in Deutschland über Breitbandanschlüsse von mindestens 50 Mbit/s, es ist aber immer noch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu verzeichnen. Welche Versorgungsstandards sollten überall erreicht werden (auch mit Blick auf die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung für alle Bereiche der Gesellschaft) und wie kann das sichergestellt werden?

4 Gibt es **weitere Bereiche**, für die Ihrer Ansicht nach Mindeststandards denkbar wären, um räumliche Disparitäten auszugleichen?

Nicolaisen zu 1 Der Zugang zu Gesundheitsangeboten ist relevant für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – erforderlich ist eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung. Wünschenswert ist daher eine schnelle Erreichbarkeit der Krankenhäuser. Für Mindeststandards von Entfernungen bzw. Dauer bis zum Erreichen der Krankenhäuser sind auf Landes- oder kommunaler Ebene beispielsweise Rettungsmittelbedarfsplanungen sinnvoll. Parallel könnten folgende Maßnahmen förderlich sein:

Verbesserung der Krankenhausinfrastruktur durch

- finanzielle Förderung wie im Rahmen des Zuschlags für bedarfsnotwendige Krankenhäuser im ländlichen Raum in Höhe von 400 000 € ab 2021,
- Schaffung von Anreizen für junge Ärzt*innen, um die in den Ruhestand wechselnden Mediziner*innen zu ersetzen. Eine Landarztquote könnte diese Entwicklung vorantreiben.

Verbesserung der Erreichbarkeit für medizinische Behandlungen durch

- Ausweitung ambulanter Lösungen, um dezentrale Notfallanlaufstationen mit vereinzelt Behandlungsschwerpunkten zu schaffen,
- feste Zubringerdienste durch den ÖPNV, beispielsweise durch Schnellbusse.

Nicolaisen zu 2 Gleichwertige Lebensverhältnisse bedürfen gleichwertiger Mobilitätschancen. Zentral für den ÖPNV ist die verbesserte Verknüpfung und Abstimmung der unterschiedlichen Verkehrsangebote. Daneben kann der Ausbau des sicheren Radverkehrs zu verbesserten Mobilitätschancen beitragen. Mindeststandards im ÖPNV halte ich wegen ortsspezifischer Begebenheiten nicht immer für sinnvoll. So können Modellprojekte wie LaSiVerMob (Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen) den Kommunen die Möglichkeit bieten, im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechtes ortsangepasste und flexible Lösungen zu finden. Der Vorteil: Weil die Lösungen auf der kleinsten Ebene entwickelt und wahrgenommen werden, sind sie bedarfsoptimiert.

Nicolaisen zu 3 Das Breitbandziel des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sieht vor, dass bis 2025 flächendeckend 1 Gbit/s allen Haushalten zur Verfügung steht. Der Bund wird den Ausbau fördern. Neben der prioritären Anbindung der Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, des Gesundheitswesens und der Wirtschaft wird das Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau fortgeschrieben, um weiße Flecken zu schließen und in Zukunft auch graue Flecken mit Gigabitgeschwindigkeiten zu versorgen. Der Breitbandausbau wird durch den Ausbau von Telefonie- und mobilen Internetverbindungen durch Schließung von Funklöchern und den Ausbau des 5G-Netzes sinnvoll ergänzt.

Nicolaisen zu 4 Mit dem Ziel, neuen und attraktiven Wohnraum zu schaffen, wären Mindeststandards bei der Wohnraumförderung denkbar. Insbesondere beim Aspekt der Barrierefreiheit sind Mindeststandards meines Erachtens nach erforderlich, um allen Menschen gleichwertige Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen. ■



Petra Nicolaisen, CDU/CSU-Bundestagsfraktion